

Zwischen
Verlusten und Verdiensten
– ein Porträt

Eduard Schewardnadse und die deutsche Einheit

Aschot Manutscharjan

Am 23. November 2003 wurde der georgische Präsident Eduard Schewardnadse von aufgebrachten Demonstranten zum Rücktritt gezwungen. Einer der populärsten Politiker der Gegenwart trat damit von der politischen Bühne ab. Der international hoch geschätzte Politiker war zuletzt in seiner Heimat verhasst. Hier zu Lande wusste er jedoch ein positiveres Bild von sich und seiner Politik zu zeichnen: „Ich bin unendlich dankbar dafür, dass die Deutschen meine Rolle bei der Wiedervereinigung nicht vergessen haben und mir dabei helfen, meine Heimat aufzubauen“, sagte Schewardnadse dem Autor im Oktober 1999. Deutschland habe „politisch und materiell viel geleistet, um die Entwicklung des unabhängigen Georgien zu fördern“. Seinen überstürzten Abgang hat sich Schewardnadse jedoch selbst zuzuschreiben. Als Staatschef hatte er Kabinette ernannt, die sich nur noch in ihrer Korrumperbarkeit übertrafen. Mit seinem Rücktritt endete eine politische Dauerkrise, die die Kaukasusrepublik seit über zwei Jahren politisch lähmte.

Zusammen mit Präsident Michail Gorbatschow hatte der frühere sowjetische Außenminister dazu beigetragen, dass die deutsche Einheit Wirklichkeit werden konnte. „Die Wiedervereinigung kam für mich nicht überraschend“, erzählte der Georgier im September 2000. Die Entwicklung habe darauf hingedeutet, dass die Teilung eines ganzen Volkes nicht von Dauer sein, die Einheit also kommen würde, sobald die außenpolitischen Rah-

menbedingungen stimmten. Schewardnadse wörtlich: „Ich habe damals sehr wohl registriert, dass die Bevölkerung Ostdeutschlands vom Demokratisierungsprozess in ihrem Land enttäuscht war.“

Auch im Rückblick ist sich Schewardnadse sicher, dass man die deutsche Einheit nicht „besser“ hätte machen können. „Bei der Wiedervereinigung wurden keine Fehler gemacht“, bekräftigte der Ex-Außenminister. „Die Einheit war ein Präzedenzfall in der Geschichte der internationalen Politik.“ Der Georgier verschweigt die Stolpersteine nicht, die den Einheitsprozess erschwerteten. „Es hätte zu einem Dritten Weltkrieg kommen können“, unterstrich Schewardnadse. Diese krisenhafte Zuspitzung habe er zusammen mit Gorbatschow jedoch verhindert. Besonders schwierig sei es gewesen, die sowjetische Führung zur Zustimmung zur deutschen Einheit zu bewegen. Darin habe das eigentliche Problem bestanden: den Widerstand der Gegner der Wiedervereinigung im Politbüro der KPdSU und in höchsten Kreisen des Militärs zu brechen. Es sei nicht redlich zu behaupten, bei der Nachricht, die Einheit Deutschlands stünde auf der Tagesordnung, „hätten alle in der Sowjetunion Beifall geklatscht“. Schließlich habe sein Land „im Krieg dreißig Millionen Menschen verloren“. Die sowjetische Hege monie in Zentraleuropa sei der Lohn für dieses Opfer gewesen – ein Verzicht darauf undenkbar. „Darin zeigte sich das alte Denken“, betonte der frühere sow-

jetische Außenminister. „Aber das Neue hat gewonnen.“

Schewardnadse war nicht nur über den Meinungsbildungsprozess in der Nomenklatura unterrichtet, sondern auch über die politische Debatte in Deutschland. „Natürlich haben wir die Haltung der damaligen Oppositionspartei SPD zur deutschen Einheit berücksichtigt. Wir hatten sehr gute Beziehungen zu den deutschen Sozialdemokraten. Besonders freundschaftlich war der Kontakt zwischen Gorbatschow und Willy Brandt.“ Nicht die ganze Sozialdemokratie sei damals gegen die Einheit gewesen. Immerhin habe sich „Willy Brandt dafür“ ausgesprochen. Wahr bleibe jedoch, dass die SPD insgesamt „weniger aktiv war als die Parteien von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher“, betonte Schewardnadse. „Ohne Genscher, ohne Kohl, ohne deren kluge und ausgewogene Politik“ wäre es sehr viel schwieriger geworden, die Einheit zu verwirklichen. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass ohne sie die Verhandlungen in so kurzer Zeit zu einem Ergebnis geführt hätten.“ Klare Worte, zumal der geschichtsbewusste Politiker damit darauf verzichtete, die Ereignisse zu Beginn der neunziger Jahre im Lichte seiner aktuellen Beziehungen zu den heute in Deutschland regierenden Sozialdemokraten umzudeuten.

Absoluter Gewaltverzicht

Zwar könnte niemand ausschließen, so Schewardnadse, dass die Wiedervereinigung auch ohne die damals handelnden Personen realisiert worden wäre. Möglicherweise hätte der Prozess jedoch länger gedauert, oder es wäre zu Konflikten gekommen. „Ich selbst war höchst beunruhigt über den Fall der Berliner Mauer. Wir hatten der DDR-Regierung klargemacht, dass sie auf keinen Fall Gewalt gegenüber ihren Bürgern anwenden dürfe. Selbstverständlich hatten wir auch unsere Militärs in der DDR angewiesen, die Ka-

sernen auf keinen Fall zu verlassen und sich nicht einzumischen.“ Aber auch wenn man klare Befehle erteile, könne es dazu kommen, dass sie nicht befolgt werden. „Genau an diesem Punkt haben Gorbatschow und ich einige unruhige Stunden wartend durchlebt. Wir hofften, dass um Gottes Willen unsere Militärs nicht außer Kontrolle geraten. Wir hatten Angst, dass geschossen wird.“ Deshalb ließen Gorbatschow und Schewardnadse nichts unversucht, um eine Missachtung ihrer Anordnungen auszuschließen: „Wir wussten ja, dass es in der DDR genauso wie in der Sowjetunion Kräfte gab, die gegenüber der Wiedervereinigung sehr negativ eingestellt waren. Wir mussten eine militärische Auseinandersetzung verhindern. Können Sie sich vorstellen, was es bedeutet, 40 000 Panzer in der Mitte Europas stehen zu haben, einige Hunderttausend Soldaten, die besten sowjetischen Truppen?“ Genau deshalb hätten auch die Amerikaner ein Interesse daran gehabt, den Prozess der deutschen Einheit möglichst schnell durchzuziehen.

Gleichwohl seien im Nachhinein auch einige „Missverständnisse“ über den Prozess der deutschen Einheit aufgekommen, räumte der Ex-Außenminister ein. Beispielsweise sei die Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland zur NATO kein direktes Thema der Verhandlungen gewesen. Damit korrigiert Schewardnadse frühere Äußerungen Gorbatschows, der immer betont hatte, man habe ihm versprochen, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen werde. „Zwischen Kohl und Gorbatschow ist keine ausdrückliche Vereinbarung über die Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO getroffen worden.“ Auch die deutschen Erklärungen, der Kreml habe zur Bedingung gemacht, dass die Enteignungen der Jahre 1945 bis 1949 unumkehrbar bleiben müssten, entsprächen nicht der Realität. „Bei den Verhandlungen blieben für Eigentumsfragen gar keine Zeit und kein

Platz. Das waren Details. Das war eine sehr ernste Frage für die Deutschen, aber es war kein Thema der Verhandlungen auf meiner Ebene.“ Allerdings will der Ex-Außenminister nicht ausschließen, dass Experten darüber gesprochen haben. „Für uns war es das Wichtigste, eine prinzipielle Entscheidung zu treffen. Hier müssen die Deutschen Michail Sergejewitsch Gorbatschow danken: Er hat fast alles direkt entschieden.“ Bislang hat Schewardnadse noch in jedem Gespräch über den Vollzug der deutschen Einheit die Rolle von Präsident Gorbatschow hervorgehoben. Über seinen eigenen Beitrag sagt er nur: „Ich musste operativ verhandeln.“ Heute wird der Georgier vor allem für den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR in Russland gescholten. Hier zu Lande genießt er dagegen noch heute höchstes Ansehen: So ehrte ihn Berlin mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Als sich der Zerfall der Sowjetunion abzuzeichnen begann, trat Schewardnadse als Außenminister zurück. Konflikte mit den „reaktionären Kreisen“, die Präsident Gorbatschow in seine Regierung berufen hatte, ließen ihm keine andere Wahl. Damals beobachtete er beunruhigt von Moskau aus, wie Swiad Gamsachurdia, der erste frei gewählte Präsident Georgiens, seine Heimat von einer Krise in die nächste stürzte. Dies führte zu einem bewaffneten Putsch gegen Gamsachurdia, organisiert und durchgeführt von georgischen Demokraten, Kriminellen und dem russischen Geheimdienst. Schließlich flüchtete Gamsachurdia Anfang Januar 1992 nach Tschetschenien. Nach seiner Rückkehr in die georgische Heimat wurde er im Dezember 1993 ermordet.

Den Putschisten kam der stellungslose Schewardnadse gerade recht. Sein internationales Prestige konnte ihrem Ziel nur von Nutzen sein: Also wurde der erfahrene Politiker von den neuen Machtha-

bern im März 1992 gebeten, nach Tiflis zu kommen, um zunächst das Amt des georgischen Staatsratsvorsitzenden, später die Funktion des Staatsoberhauptes zu übernehmen. Diese neue Aufgabe konfrontierte Schewardnadse mit Konflikten anderer Art: Er ließ sich auf einen Krieg gegen die Provinz Abchasien ein und verlor. Anschließend konzentrierte er sich auf den Aufbau des Staates und verhalf im August 1995 einer Präsidialverfassung zu einer Mehrheit im Parlament. Ein Attentat, das gegen ihn im selben Monat verübt wurde, überlebte er knapp.

Ansehen als Präsident

In einer freien Wahl wurde Schewardnadse am 5. November 1995 zum georgischen Präsidenten gewählt. Am 9. April 2000 erfolgte seine Wiederwahl. Während seiner Amtszeit wurde die Kaukasusrepublik finanziell großzügig von den USA und von Deutschland unterstützt. Ungeachtet seiner Erfahrung war der außenpolitische Kurs des Georgiers nicht frei von Widersprüchen: Während er Präsident Boris Jelzin 1994 vertraglich die Stationierung russischer Militärbasen zusicherte, wollte er sie später möglichst schnell wieder loswerden. Damit einhergeht, dass er seit 1999 offen die Mitgliedschaft seines Landes in der Europäischen Union und in der Nordatlantischen Allianz anstrebt. Auch wenn Schewardnadse auf internationalem Parkett immer noch begeistert empfangen wurde, sein Ansehen in Georgien büßte er zunehmend ein. So ließ der Präsident korrupte Regierungen freischalten und walten. Auch bei der für den 2. November 2003 anberaumten Parlamentswahl unterstützte er sie weiterhin tatkräftig.

Letztlich scheiterte der georgische Präsident bei dem Versuch, die Wahlfälschungen seiner Parteigänger herunterzuspielen: Nicht ohne Grund bezeichnete das amerikanische State Department die

vermeintlichen „Unregelmäßigkeiten“ in einer Regierungserklärung als „massiven Wahlbetrug“: Das Ergebnis der Parlamentswahl entspreche „nicht dem Willen des georgischen Volkes“. Ein durchaus ungewöhnlicher Schritt. Denn seit der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken im Jahr 1991 sind die jeweiligen Machthaber bestrebt, ihre autoritären Regime durch Scheinwahlen und Referenden zu legitimieren. Kritik aus den USA blieb bislang immer aus. Gab also diese ungewöhnlich scharfe Erklärung aus Washington den Demokraten grünes Licht, Schewardnadse anzugreifen? Der zum Rücktritt gezwungene Ex-Präsident betonte in Gesprächen mit Journalisten immer wieder, die Amerikaner hätten die Massenproteste organisiert. Er beschuldigte auch die US-Regierung direkt. So habe der frühere Außenminister James Baker im Auftrag von Präsident George W. Bush Tiflis besucht, um „dem georgischen Präsidenten Anweisungen zu erteilen“. Das sei ein Fehler gewesen, erklärte Schewardnadse. Der frühere Präsident empörte sich darüber, dass ihn ausgerechnet die USA torpediert hätten, obwohl er sein Land auf einen pro-amerikanischen Kurs geführt habe. Sogar gegen den ausdrücklichen Willen des Kremls habe er im Frühjahr 2002 US-Truppen nach Georgien geholt. „Die Amerikaner sind unsere Freunde“, hatte Schewardnadse damals stolz verkündet.

Während des Wahlkampfes 2003 hatte der Georgier aber offensichtlich die Zeichen der Zeit nicht mehr erkannt. Die

Geduld der Menschen, die vergeblich auf bessere Lebensbedingungen hofften, hatte sich erschöpft. Schewardnadses Rolle bei der deutschen Einheit interessierte ohnehin kaum jemanden. Spätestens als der alte Präsident versuchte, den offenen Wahlbetrug zu legalisieren, war die Parole „Schewardnadse muss weg“ in aller Munde. Gesagt, getan: Während seiner Eröffnungsrede am 22. November drängten Demonstranten in den Plenarsaal und sprengten die konstituierende Versammlung. Daraufhin rief der aus dem Gebäude geflohene Schewardnadse den Ausnahmezustand aus und bezeichnete das Vorgehen der Opposition als „Staatsstreich“. Am Ende stellten ihm seine politischen Gegner ein Ultimatum: Entweder Rücktritt oder die Georgier würden ihn aus seiner Residenz verjagen. Schließlich erklärte sich der Präsident bereit, „die Forderungen des Volkes“ zu akzeptieren. Daraufhin lobte die Opposition seinen Mut und erkannte an, dass Schewardnadse im Interesse des Landes kein Blut vergossen habe, um im Amt zu bleiben. Während des Rücktrittsgesprächs habe der Präsident ausdrücklich gewünscht, in seiner Heimat zu bleiben. Zu seinem Nachfolger wählten die Georgier am 4. Januar 2004 den Oppositionsführer Michail Saakaschwili. In Deutschland dagegen wird man noch lange hören: „Gmadlobt, batono Eduard“ – „Danke, Herr Eduard.“ Danke für Ihren Beitrag zur Beendigung des Kalten Krieges und für die Verwirklichung der deutschen Einheit.

Entzauberung durch Vervielfachung

„Als vor zwanzig Jahren das Privatfernsehen kam, gab es viele Befürchtungen, wie immer. In Wirklichkeit hat das Privatfernsehen dem Medium einen Teil seiner Macht genommen. Es war Entzauberung durch Vervielfachung. [...] Auf dem langen Marsch zurück in die Normalität war die Einführung des Privatfernsehens ein wichtiger Schritt.“

Harald Martenstein am 8. Januar 2004 in der *Zeit*.